

Ercheint täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition

Johannisstraße 33.

Verantwortlicher Redaction:

Donnerstag 10-12 Uhr.

Freitag 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-

folgende Nummer bestimmten

Abgabe an Wochentagen bis

10 Uhr Nachmittags, an Sonn-

und Festtagen früh bis 9 Uhr.

In den Filialen für Zus. Anträge:

Otto Klemm, Universitätsstr. 22,

Leipzig, Katharinenstr. 18, p.

nur bis 7 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15,250.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2, halbjährlich 8, jährlich 16, durch die Post bezogen 4 1/2, 8, 16.
Jede einzelne Nummer 5 Pf.
Belagexemplar 10 Pf.
Schreiben für Extrablätter ohne Postgebühr 16 Pf., mit Postgebühr 45 Pf.
Inserate 4sp. 20, 6sp. 30, 8sp. 40, 10sp. 50, 12sp. 60, 14sp. 70, 16sp. 80, 18sp. 90, 20sp. 100, 22sp. 110, 24sp. 120, 26sp. 130, 28sp. 140, 30sp. 150, 32sp. 160, 34sp. 170, 36sp. 180, 38sp. 190, 40sp. 200, 42sp. 210, 44sp. 220, 46sp. 230, 48sp. 240, 50sp. 250, 52sp. 260, 54sp. 270, 56sp. 280, 58sp. 290, 60sp. 300, 62sp. 310, 64sp. 320, 66sp. 330, 68sp. 340, 70sp. 350, 72sp. 360, 74sp. 370, 76sp. 380, 78sp. 390, 80sp. 400, 82sp. 410, 84sp. 420, 86sp. 430, 88sp. 440, 90sp. 450, 92sp. 460, 94sp. 470, 96sp. 480, 98sp. 490, 100sp. 500.
Zusätze sind stets an d. Expedition zu senden. — Abgabe wird nicht gegeben. Bestellungen an d. Expedition oder durch Postämter.

№ 350.

Sonntag den 16. December 1877.

71. Jahrgang.

Öffentliche Sitzungen der Stadtverordneten

Mittwoch am 19. und Freitag am 21. December a. c. Abends 7 1/2 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung am 19. December:

- I. Gutachten des Bauausschusses über die Conten 31, 32 (Pol. 8 und 16), 33, 35 und 36 des Haushaltplanes für 1878.
- II. Gutachten des Bau- und Schulausschusses über den Neubau einer Volksschule an der Sebastian Bach Straße.
- III. Gutachten des Schulausschusses über a. das Budget der Gewerbeschule pro 1878; b. die Antwort des Rathes auf den vom Collegium bei der Kostenverwilligung für Lehrunterricht an der Gewerbeschule gestellten Antrag auf eventuelle Wiederanhebung der dritten Tagelohnklasse; c. die Anstellung eines Hausmanns für die neue Thomasschule.

Tagesordnung am 21. December:

- I. Gutachten des Ausschusses zur Gasanstalt über a. das Budget der Gasanstalt auf das Jahr 1878; b. Vermehrung der Beleuchtungsanlagen in der Lindenstraße; c. Einlegung der Gasleitung in die verlängerte Canalstraße; d. die geplanten Beleuchtungsanlagen in der Dismarckstraße; e. Anschaffung verschiedener Apparate für die Gasanstalt.
- II. Gutachten des Deconomieausschusses über a. die Budgetconten 34 und 38; b. Kostenverwilligung für Verbesserung der Grenzen des Connewitzer und Burgauer Reviers; c. eine Maßforderung für die Bewirthschaftung des Steinbaches bei Grasdorf im laufenden Jahre.
- III. Gutachten des Stiftungsausschusses über a. die Specialconten des Geradenhauses, des Waisenhauses, des Johannishospitals und der Beden-, Dieners- und Rende-Stiftung aus dem Haushaltplan für 1878; b. verschiedene Stiftungsberechnungen.

Bekanntmachung.

Vom 19. bis einschl. 25. December dieses Jahres wird die Pödel-Verkaufsstelle von dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 am Augustaplatz nach der Postwagenreife — Hospitalstraße Nr. 17/19 — verlegt.
Leipzig, den 12. December 1877. Der Kaiserliche Ober-Post-Director.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung des Pödel-Verkehrs in den letzten Tagen vor Weihnachten und zur Befriedigung der Wünsche im Postdienste sind die bisherigen Verkaufsstellen am 21. bis einschließl. 24. December dieses Jahres die Verkaufsstellen für die mit den Eisenbahnwagen abgehenden Postpostwagen eine Stunde früher als unter gewöhnlichen Verhältnissen eintreten zu lassen.
Leipzig, den 12. December 1877. Der Kaiserliche Ober-Post-Director.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder des Rathes und der Stadtverordneten werden zu einer Sitzung am Mittwoch, den 19. December d. J., Abends 6 Uhr, im Saale der Ersten Bürgerschule abzuhalten den gemeinschaftlichen öffentlichen Sitzung eingeladen.
Zweck der Sitzung ist:
1) Wahl eines Mitgliedes des Kreis-Ausschusses,
2) Wahl von 3 Mitgliedern und 3 Stellvertretern der Erfah.-Commission.
Leipzig, den 11. December 1877. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Trübner, Rathssecretär.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 250 Stück neuen Schulbänken für die hiesigen Volksschulen soll mit So behalt der Auswahl unter den Bietern an den Mindestfordernden vergeben werden. Anschlagsformulare und Bedingungen sind auf der Schulerpedition zu erhalten. Die Gebote sind bis zum 21. December d. J. Abends 6 Uhr versiegelt und mit der Aufschrift „Schulbänke“ versehen auf der Schulerpedition einzulegen.
Leipzig, den 11. December 1877. Der Schulausschuss der Stadt Leipzig. Dr. Panig, Secretär.

Leipzig, 15. December.

Das schon Jemand von einem Maler verlangt, daß er die Finsterniß hell, den Nebel klar und lichtvoll zeichne? So will nicht. Und doch verlangen heute manche Zeitungsblätter von ihrem Public, daß es sich mit Heiterkeit und Klarheit über die innere Lage des Reiches verhalte. Und selbst schrieb neulich Einer in ziemlich erregtem Tone, wir würden ihm doch das Weisheitsgeschick nicht verzeihen und die Pope nicht gar so grau machen. Da lieber Himmel! Als ob es in unserer Macht stünde, das Wetter zu machen; als ob sich politische Wolken bei Seite schieben ließen wie Theateractanten! Es ist nun einmal ein dicker Nebel, in dem wir, in dem selbst diejenigen, die den dicker maßgebenden Kreisen nahe stehen, ja diese maßgebenden Kreise selbst herumtappen. Ob dieser Nebel eine Morgen- oder Abenddämmerung bedeutet, ob nach ihm ein Tag klarer und freierer Entwicklung oder die Nacht der Reaction anbrechen wird — das weiß Niemand zu sagen. Nur das wissen wir, daß die Freiheit leer ausgehen würde, wenn der drohende Rücktritt Bismarck's wirklich eintreten sollte. Das geht schon aus dem wenigen Thatsächlichen hervor, was über die Kanzlerkrise mit einiger Bestimmtheit verstanden. Der Kaiser bringt darauf, daß der Reichstag nach Berlin zurückkehren und seine Arbeit wieder aufnehmen; dieser will sich aber nicht eher von Bismarck verabschieden, als bis die Hoffnungen von gewissen politischen Gruppen getrübt, als bis die altromantischen Gesinnungen, die sich um den Thron herum zu schiffen macht, besänftigt ist. Der Kaiser ist es nicht, in der Bekämpfung dieser außerordentlichen Ereignisse, dieser geheimen, offiziell nicht bekannten Feinde seine Kräfte aufzuwenden; sie sollen externer werden, damit er fürder bei seinen schweren öffentlichen Kämpfen den Rücken frei habe. Diese Forderung war es, die schon zu Ostern d. J. seinem Entlassungsbesuche zu Grunde lag; sie ist es, von deren Erfüllung er jetzt die Zurücknahme seines Beschlusses abhängig macht. Es ist selbstverständlich, daß, wenn der Kaiser sich hierzu nicht entschließen kann, er es nicht über sich gewinnen kann, jene langjährigen Vertrauenspersonen aus seiner Umgebung wegzunehmen, daß dann der Kaiser sich nicht unterwerfen, daß er nicht zu seinen Geschäften zurückkehren kann. Es ist aber auch klar, daß, wenn jene Comarilla triumphiert, auch Bismarck und seine Reichspolitik, deren Fort Bismarck bisher gewesen, verloren ist. Dem natürlichen Gebiete würde die Reaction alsbald auf der Verwaltung, von der inneren Politik auf die auswärtige übergehen, und bis zu welchem Grade der Entmannung und Demüthigung diejenige Richtung, die dann an Ruder läme, und hinunterzuleiten könnte, das hat sie damals gezeigt, als sie Preußen nach Dalmatien führte. Wohl würde der Sieg der Reaction nicht von Dauer sein; mit einer so gearteten Regierung würde der Reichstag einen Conflict nicht scheuen; die nationalliberale Partei würde sich selbst an die Spitze der Opposition stellen müssen; aber Deutschland könnte doch nur ein nach schweren Kämpfen zu seiner jüdischen, mühsam erzwungen Höhe wieder emporsteigen. Großes also stünde am Spiele, wenn der Sturz Bismarck's den vielen Gegnern, die er zu zählen die Ehre hat, wirklich gelänge. Eben

darm aber glauben und hoffen wir, daß der Kaiser trotz seines hohen Alters und trotz der jüdischen Gewissenhaftigkeit und Treue, mit der er an alten Freunden und Vertrauten hängt, sich doch noch in letzter Stunde zu einer Entscheidung im Sinne Bismarck's, zu einer That entschließen wird, die ihm in den Augen der Nachwelt noch weit mehr zum Ruhme gereichen wird, als all der Siegesglanz, den er aus dem Schlachten donner gleichzeitiger Kriege davongetragen hat.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 15. December.

Die Vorarbeiten für den Reichshaushalt- etat 1878/79 sind im Reichskanzleramt abgeschlossen. Die wichtigsten Einnahmen werden dem Bundesrathe demnachst vorgelegt. Die eventuelle durch Erhebung der Matrikularbeiträge zu bedeckenden Ausgaben betragen sich auf 30-35 Millionen Mark. Dem Bundesrathe sind demnachst die der Reichskasse durch die Erhebung der Einnahmen abzielende Gesetzentwürfe übergeben worden. Der erste, welcher die Erhöhung von Reichs- exemplarabgaben betrifft, umfaßt 38 Paragraphen und einen Tarif. Der Entwurf zerfällt in 5 Abschnitte: 1) Actien und auf den Inhaber lautende Wertpapiere, 2) Lombarddarlehen, 3) Schulnoten und Rechnungen über Wertpapiere, 4) Lotterielose, 5) Allgemeine Bestimmungen. Jedem Bundesrathe wird von der jährlichen Einnahme an Reichssteuer in seinem Gebiete, mit Ausnahme der Lotterielosesteuer, der Betrag von 2 Proc. aus der Reichskasse gewährt. Der Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes ist offen gelassen. — Das Gesetz über den Spielartenkempel, welches am 1. Juli 1878 in Kraft treten soll, erhebt 0.50 L für jedes Kartenspiel von 36 oder weniger Würfeln und 1 L für jedes andere Spiel. Der Entwurf umfaßt 27 Paragraphen.

Die Ungerechtigkeit der Matrikularbeiträge in ihrer jüdischen Form ist bekanntlich schon bei Einführung derselben mit Gründung des norddeutschen Bundes von den gesetzgebenden Faktoren nicht verkannt worden, und bei in Angriff genommenen Reform der Reichssteuer wird es wohl gelingen, die Matrikularbeiträge überhaupt zu beseitigen oder wenigstens ihren Erhebungsmodus zu verbessern. Die „Post“ bemerkt über dieses Thema: Die Ungleichheit, welche darin liegt, daß die Matrikularbeiträge ohne Weiteres nach Höhe der Bevölkerung der Staaten umgelegt werden, erfährt allerdings dadurch eine Verichtigung, daß die Kopfquote nicht wirklich dem Kopf erhoben, sondern aus der gesamten Reineinnahme des Staates gezahlt wird, und daß ihre finanzielle Wirkung auf die Einwohnerzahl wesentlich von der Dichtigkeit der Bevölkerung abhängt. Inwiefern es ungerecht ist, die gleiche Bevölkerungszahl eines ärmeren Staates ebenso viel zahlen zu lassen, wie die eines reicheren, bleibt gewiß immer noch zu bedenken die großen Bescheidenheiten in der Zusammensetzung der Bevölkerung der einzelnen Staaten und Gebiete des Reiches aus den Altersklassen, aus arbeitsfähigen und aus nicht oder nicht mehr arbeitsfähigen Personen. Man sollte nicht denken, daß diese Unterschiede innerhalb der Bevölkerung des deutschen Reiches so außerordentliche sind, wie sie bei genauerem Zu-

sehen in der That erscheinen. Schlänen wir die Bevölkerungszahl nach dem Kaiserl. Statistischen Bureau nach, so finden wir, daß unter 1000 Einwohnern der ganzen Reichsbefölkerung 345 Kinder von unter 15 Jahren, 25 Greise von über 70 Jahren, und 830 Personen im Alter der Erwerbsfähigkeit (von 15-70 Jahren) sind. Auf 100 Personen der letzteren Kategorie kommen demnach 89 Personen der beiden anderen Gruppen; d. h. je 100 productive Personen haben außer für ihren eigenen Unterhalt auch noch für den von 59 Kindern und Greisen zu sorgen; abgesehen davon, daß sich unter jenen 100 noch eine Anzahl nicht Erwerbsfähiger und nicht Arbeitender befindet. Betrachtet man aber nun die Procentvertheilung für die einzelnen Staaten, so stellt sich diese Verhältniß der wirtschaftlichen Leistungsfähigen zu den nicht Arbeitfähigen bedeutend anders. Auf 100 Productive kommen unproductive in Preußen 61, ebenso viel und mehr in der Mehrzahl der kleinen Staaten, in Württemberg sogar 68; dagegen in Bayern nur 52, in Elsaß-Lothringen 54, in Baden und Württemberg 56; Sachsen steht mit 59 auf dem Durchschnitt des Reiches. Im Staate Bremen kommen nur 51, in Hamburg sogar nur 44 unproductive Personen auf 100 Arbeitfähige. Das sind kolossale Differenzen, welche auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betreffenden Bevölkerungsgruppen von erheblichem Einfluß sein müssen. Ein treffenderer Zahlenbeweis dafür, wie unzulässig es ist, ökonomische Leistungen nur nach der Bevölkerung zu bemessen, kann wohl kaum erbracht werden und man darf wohl solche Lehren der Statistik nicht unbeachtet lassen.

Die Zahl der deutschen Auswanderer nach den überseeischen Ländern war im Jahre 1872 auf 128,243 gestiegen. Von da ab sank von Jahr zu Jahr eine Abnahme statt, so daß im Jahre 1876 die Zahl der Auswanderer nur noch 29,628 betrug. Entsprechend fiel die Zahl der ausgehenden Entlassungs-Urtheile von 39,304 auf 5150.

Der „Nat.-Zig.“ geht eine befreundliche Nachricht zu, die das Blatt unter der Rubrik mittheilt. Auf Veranlassung der Berliner Commandantur ist in voriger Woche ein Engländer, der in einem der ersten Detachements war, verhaftet worden sein und in strengster Einzelhaft gehalten werden. Derselbe wäre des Landesverrats und der Beamtenbeschuldigung verdächtig. Bei dem Verhafteten seien ausgenommene Pläne der Festung Metz vorgefunden worden.

Die Wendung in Frankreich wird durch eine Botschaft gekennzeichnet, die der Reichspräsident an den Senat und an die Deputirten-Kammer gerichtet hat und die am Freitag im Senat und in der Deputirtenkammer verlesen wurde; sie lautet:

Die Wahlen vom 14. October haben aufs Neue das Vertrauen bestätigt, welches das Land in den republikanischen Einrichtungen legt. Um den parlamentarischen Regeln zu entsprechen, habe ich ein aus beiden Kammern entnommenes Cabinet gebildet, das aus Männern besteht, die entschlossen sind, diese Einrichtungen durch eine anständige Handhabung der constitutionellen Gesetze zu verteidigen und aufrecht zu erhalten. Das Interesse des Landes erfordert, daß die Kräfte, welche mir durchkommen, benützt werden, es erfordert mit nicht minderer Gewalt, daß die Kräfte sich nicht wieder erneuern. Die Anwendung des Reichs zur Aufhebung der Kammer ist in Wirklichkeit nicht weiter, als ein Noth-

würdiger Wählerholung bei einem Richter, gegen welchen eine Appellation nicht zulässig ist und welche in einem System der Regierung nicht erhoben werden können. Ich habe geglaubt, von diesem Rechte Gebrauch machen zu müssen, ich bequeme mich der Antwort des Senats an. Die Besetzung von 1875 bezeugte eine parlamentarische Republik, indem sie meine Nichtverantwortlichkeit festsetzte, während sie eine solidarische und individuelle Verantwortlichkeit der Minister festsetzte. In dieser Weise sind unsere gegenseitigen Rechte und Pflichten abgegrenzt, die Unabhängigkeit der Richter ist die Grundlage für ihre Verantwortlichkeit. Die aus dieser Bestimmung gezogenen Grundsätze sind die meiner Regierung. Das Ende der Kräfte wird der Regierungspunkt einer neuen Ära des Gemeinwohl sein. Alle öffentlichen Gewalten werden sich bemühen, deren Einwirkung zu begünstigen. Das zwischen dem Senat und der Kammer bestehende gute Einvernehmen hängt davon ab, daß dieselben in regelmäßiger Weise bis zum Ziel ihres gesetzgeberischen Werkes zu demjenigen, welche das öffentliche Interesse erfordert. Die allgemeine Aufmerksamkeit wird eröffnet werden, Handel und Industrie werden einen neuen Aufschwung nehmen. Wir werden der Welt ein neues Beispiel geben von der Lebenskraft unseres Landes, welches sich selbst auszeichnet durch Arbeit, Sparsamkeit und jene Unabhängigkeit an der Form der Erhaltung, Ordnung und Freiheit. G. Mac Mahon, Dux von Saconne.

Die Botschaft wurde im Senat und in der Kammer von den Mitgliedern der Linken mit großem Beifall aufgenommen, ganz besonders wurde die Stelle applaudirt, wo es heißt, daß Frankreich zu einer Ära des Gemeinwohl zurückgeführt werden solle. Die Mitglieder der Rechten verhielten sich schweigend. — Das Ministerium wird im Einvernehmen mit der Budgetcommission bei der Deputirtenkammer Anträge bezüglich des Budgets und der Steuern einbringen (vergleiche unten). — Die früheren Minister Dumeil und Lepelletier, welche Mitglieder des am 23. November gebildeten Ministeriums waren, nehmen die Stellen wieder ein, welche sie vor ihrer Ernennung hatten, und zwar wird Dumeil Generalsecretair im Handelsministerium, Dumeil General-Inspector im Unterrichtsministerium, Lepelletier Rath am Cassationshof, ebenso wird Esprit d'Arnouville, im bisherigen Ministerium Generalsecretair, im Justizministerium wieder Generaladocat. — Der Präsident des Rechnungshofes, Lereyer, ist gestorben.

In Paris wie in der Provinz erregt die erfolgte Bildung eines republikanischen Cabinets große Befriedigung. Den Deputirten der Linken ist bereits eine große Menge von Glückwunschkarten aus ihren Departements zugegangen. Das Cabinet wird von der Kammer die sofortige Bestätigung des gesamten Budgets verlangen. Das „Journal des Debats“ kündigt die Entlassung des Präsidenten des Reichsraths, Dumeil von Darcourt, an. Eine große Anzahl von Brüdern und Unterpräfekten hat bereits ihr Entlassungsgesuch eingereicht. Der Deputirte Leprieux wird als Unterstaatssecretair im Ministerium des Innern, der Deputirte Lamy als Unterstaatssecretair im Unterrichtsministerium, der Deputirte Turquet als Unterstaatssecretair im Justizministerium bezeichnet. Der „Figaro“ erfährt, daß Victor Besard zum Director des Ministeriums des Innern ernannt und auch mit der Leitung der Preßangelegenheiten betraut werden wird. Auch bei dem Personal des französischen diplomatischen Corps im Auslande sollen zahlreiche Veränderungen im Aussicht stehen.